

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 13. August 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Wohnzeile 25 Pfennig;
Verjammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 93.

Aussperrung in Dänemark.

Nach einem Telegramm aus Kopenhagen vom 9. August, mittags 12 Uhr, aufgegeben vom Vorsitzenden des Dänischen Typographenbundes, ist die Aussperrung der Buchdruckerhilfen über ganz Dänemark verhängt worden. Eine gleiche Mitteilung ging uns vom Internationalen Buchdruckersekretariate zu.

Damit ist unsere Wissenschaft über die neuesten Vorgänge in Dänemark erschöpft, denn bis zur Stunde, 11. August, mittags 12 Uhr, haben wir keinerlei weitere Mitteilungen aus Dänemark erhalten. Infolgedessen sind wir auf die Berichte in der politischen Arbeiterpresse angewiesen, von denen ein solcher der „Leipziger Volkszeitung“ lautet:

Kopenhagen, 10. August. Entsprechend den Wünschen der Unternehmer und Arbeiter wurde heute in allen Betrieben des Buchdruckgewerbes in Dänemark die Arbeit eingestellt. Mit Ausnahme einiger sozialdemokratischer Blätter erscheinen heute keine Zeitungen.

Es ist undenkbar, daß die Unternehmer und Arbeiter „beschlossen“ haben können, in allen Betrieben des Buchdruckgewerbes in Dänemark die Arbeit einzustellen. Weit richtiger dürften andre deutsche Arbeiterblätter unterrichtet sein, die zu melden wissen:

Nach langwierigen Verhandlungen endete die gemeinsame Sitzung der Unternehmer und der Arbeiter in der Angelegenheit des Konflikts im Buchdruckgewerbe resultatlos. Infolgedessen wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Aussperrung in allen Buchdruckereien und der Zustand in allen Zeitungsdrukereien Dänemarks am Montag in Kraft treten.

Entsprechend den Beschlüssen der Arbeitgeber haben die Arbeitnehmer im Buchdruckgewerbe heute früh in allen Zeitungsdrukereien Dänemarks die Arbeit eingestellt. Mit Ausnahme einiger sozialdemokratischer Blätter erscheinen vorläufig keine Zeitungen.

Trotzdem nun der Vorsitzende des dänischen Verbandes bereits am 9. August von der Aussperrung zu melden wußte, sind wir zwei Tage später ohne jede weitere Nachricht, trotzdem ein knapp gehaltener Artikel längst in unsern Händen sein könnte.

Nebensächlich, aber doch bemerkenswert ist es auch, daß das an Döblin aufgegebenes Telegramm adressiert war: „Döblin, Verband der Deutschen Buchdrucker, Berlin“, wodurch nur allzu leicht eine Verzögerung in der Zustellung eintreten konnte. Warum veröffentlicht man denn hundertmal in den gegenseitigen Organen das genaue Adressenverzeichnis der Vorsitzenden der internationalen Verbände, und warum die internationale Verbindung, wenn man in einem solch ernsten Falle, der uns jedenfalls auch materiell in Betracht zieht, jede nähere offizielle Mitteilung über die Ursachen, die Entwicklung und den Tatbestand dieser Aussperrung unterläßt, die sämtliche Mitglieder des Dänischen Typographenbundes betrifft?

Wir können also nicht das Geringste unsern Lesern über die derzeitigen Vorgänge in Dänemark mitteilen, was in Anbetracht eines solch außerordentlichen Umstandes sehr bedauerlich ist. Bemerkenswert sei noch, daß der Dänische Typographenbund in 51 Ortsvereinen etwa 3000 Mitglieder zählt (einschließlich der Hilfsarbeiter).

Einige Glossen zum Altenburger Jubiläumsberichte.

(Siehe „Korr.“ Nr. 86.)

Daß im Jahre 1883, also vor 25 Jahren, einige Altenburger Kollegen plötzlich die Entscheidung gemacht haben, die dortigen Verbandsmitglieder hätten keinen Ortsverein und es sei Zeit, einen solchen zu gründen, kann ich, der ich im Laufe einer langen Jahresreihe die dortigen Zustände vor 1883 mit gestalten half, nicht leugnen, aber ich stelle fest, daß bis dahin alles, was jemals im Interesse des Verbandes geschah, alle Versammlungen u. dgl., unter der Firma „Ortsverein in Altenburg“ vollbracht wurden. Über die Vorstandswahlen kann ich mich augenblicklich des Genaueren nicht entsinnen, aber es ist richtig, daß Gau- und Ortsvorstand eins waren, und erst als der Gau Osterland mit den Gau Thüringen vereinigt war, hatte dieser Vorstand der zunehmenden Arbeitslast wegen die Anregung gegeben, nunmehr für den Ort einen eignen Vorstand zu wählen.

Die Verlautbarungen über diese Umstände im „Korr.“ sowohl im Jahre 1883 als auch jetzt gehen aber von unrichtigen Voraussetzungen aus, wenn sie für die Sage vom Mangel eines Ortsvereins das Bestehen der ehemaligen Gesellschaft Typographia und des Gesangsvereins Gutenberg als Hindernis darstellen. Hier sei folgendes festgestellt: Die Typographia entstand im Jahre 1872 in der alten Hofbuchdruckerei aus dem Grunde, weil „von Ortsverein wegen“ für die Pflege der Geselligkeit und die geistige Hebung der Mitglieder im Sinne des § 1 des Verbandsstatuts nichts geschah. Die Typographia nahm u. a. in ihr Programm die alljährliche Johannisfeier auf, und erst seit dieser Zeit wird diese Feier regelmäßig begangen. Diese Gesellschaft richtete sofort nach ihrem Entstehen, bzw. nachdem ihre Mitgliederzahl für ihren zweckentsprechenden Ausbau genügt, regelmäßige wöchentliche Gesellschaftsabende ein, die durch Vorträge ernster und heiterer Art gewürzt wurden. Dann ging sie, weiter erstarkt, an die Errichtung der Sängereabteilung, die selbstverständlich auch aus Typographiamitteln entsprechend ausgestattet wurde. Sie überließ dem Gesangsverein die Singmittel auch dann, als er zu größerer Selbständigkeit herangewachsen war, aber beide Vereine wirkten doch stets bei allen Festgelegenheiten in schöner Eintracht. Selbst in dem „fragwürdigen Gründungsjahr“ des Ortsvereins, 1883, feierten beide Vereine noch gemeinschaftlich das Johannisfest, und ich weiß, daß bei dieser Gelegenheit noch niemand in den beiden Vereinen an eine so baldige Änderung der Verhältnisse dachte; daran arbeiteten nur die abseits Stehenden. Die Typographia brachte ferner im Laufe der Zeit eine Bibliothek zusammen, deren allzeitiges Wachsen einen schönen Beweis von der Opferwilligkeit ihrer Mitglieder ablegte und die auch immer eine rege Ausnützung durch dieselben fand. Alles in allem, die Typographia verstand es im Laufe ihres Bestehens, für die Altenburger kollegialen Verhältnisse eine fruchtbare und anheimelnde Nützlichkeit zu entfalten, wie sie selten auf höherer Stufe stehen konnte, aber — schon bei ihrem Entstehen fand sie ihre Widersacher, die auch noch bei ihrem Aufgehen im Ortsvereine nicht befehrt waren. Und da ich nun aus dem Festbericht entnehme, daß man auch heute noch meint, das Bestehen der Typographia und des Gesangsvereins Gutenberg sei für die Erledigung der Verbandsaufgaben nicht förderlich gewesen, so will ich nur dem Kinde einen Namen geben: Diese Behauptung war gleichsam nur ein neuer Sattel für das Stedenpferd derer, die eben nichts Besseres zu tun mußten, als der Typographia Steine auf den Weg zu werfen. Leider — ich wünschte, daß ich dieses Wort nicht gebrauchen müßte — stolperte die Gesellschaft über die ihr gelegten Hindernisse, sie war schließlich unbefangenen genug, allen schönen Verlockungen der ihr Fernstehenden zu glauben, opferte ihr Alles auf dem Altar der Gemeinlichkeit und — ging freiwillig so prächtig gehütet, daß er sich schließlich der Bibliothek, die ihn doch übergeben war als ein Pfand unwandelbarer Verbandsstreue, wieder entledigte, wodurch er sich einen großen Namen bei den dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Arbeiterkorporationen machte, aber das Andenken der Typographia, durch die er erst in die Höhe kam, in den Orkus der Vergessenheit versenkte. Ich meine doch, daß nicht alle dortigen Kollegen damit zufrieden sein werden.

Nun aber noch kurz zu einem andern Teile des Berichts, denn er ist sonst auch nicht allzu genau in seinen Angaben. Im ersten Absätze verlauteit beispielsweise, daß von Altenburg Delegierte entsandt wurden zu dem 1866 stattgefundenen Kongreß in Leipzig zwecks Gründung des Verbandes sowie zu den Buchdruckertagen 1871 und 1874. Ich weiß noch mehr, und zwar: 1876 in Leipzig (Gründung der Verbandszeitschrift), dort war ich; das nächste Mal kam Maufe daran und zuletzt, in Hamburg, Schießer. Auch sagt der Bericht nichts davon, daß, nachdem der Ortsverein im Jahre 1886 in seinem heroischen, ehrenvollen vierteljahrigen Kampfe um den tarifmäßigen Lokalzuschlag unterlegen war, es gar nicht allzu lange gedauert hat, als die rüchständigen Prinzipale in ihren Druckereien doch noch den tarifmäßigen Lokalzuschlag eingeführt haben, wohl veranlaßt durch Einflüsse, von denen ich auch nicht ganz kenntnislos bin.

Ich habe mir die Arbeit dieses Artikels gemacht, nicht um den Altenburger Kollegen eins auszuwichen, sondern lediglich der Wahrheit und Vollständigkeit zu dienen. Ich nehme an, daß der Berichtstatter nicht von allem genau unterrichtet ist und auch kein Interesse hat, von dem früheren Triebwerke, das hauptsächlich durch die Typographia in Gang gehalten wurde, so lange als es für den Ortsverein bequem war, in so verkleinernder Art und Weise nur eben Notiz zu geben. Die ältere Geschichte des Ortsvereins wird ihm, wie mir scheint, wohl auch ziemlich unbekannt sein, aber unter den vielen Kollegen, die vor 1883 in Altenburg gepinnt haben und heute anderwärts in den Gauen des Verbandes weilen (es sind darunter solche, die noch heute in aktiven Diensten des Verbandes stehen), werden die meisten mit mir einig sein in der Erinnerung, daß es ehemals auch nie anders hieß als „Ortsverein“ und daß die anders lautende Sage erst 1883 erfunden wurde, und darum will mir auch die „Gründung des Ortsvereins“, der am 11. Juli sein „25-jähriges Bestehen“ feierte, nicht einleuchten.

Als Pendant hierzu erwähne ich die Wandlung unserer großen Gemeinschaft, des Verbandes, der seinen Namen bisher zweimal geändert hat und dennoch sein Bestehen von 1866 her datiert, wie es auch so allgemein gefeiert wird. Ich meine, so ist es aufgreifender und richtiger, denn durch diese Wandlungen ist doch das Prinzip, das der Einigung von je zugrunde lag, nicht berührt worden. So aber sieht die Sache aus, als beabsichtige man in Altenburg die Erinnerung an die ältere Zeit noch ganz auszuschließen, teilweise ist das ja schon durch die Weggabe der ererbten Bibliothek geschehen.

Gleichwohl wünsche ich dem Ortsverein Altenburg, daß er auch ferner blühe und gebehe als treues Glied des Verbandes und zeichne mit kollegialem Grusse

Hannover.

G. Schuster.

Korrespondenzen.

L. G. Bremen. Die Zeit der sommerlichen Schwüle, die durch ihr eingeschränktes Arbeitsfeld manchem Buchdrucker unangenehm, „Sauregurkenzeit“, bringt für Bremen eine angenehme Unterbrechung: Eine Ausstellung künstlerischer Ansichtspostkarten, veranstaltet vom Typographischen Klub Bremen. Die Ausstellung ist untergebracht in „Böses Kunstsalon“, Sögestraße 46, in der Zeit vom 16. bis 31. August. Der Eintritt ist gestattet von morgens 10 Uhr bis abends 8 Uhr. Die für unser Gewerbe so nützbringende und segensreiche Tätigkeit der typographischen Klubs ist den das Beste für unser Gewerbe wollenden Fachleuten eine mit Stolz erfüllende Erscheinung, und mancher Kollege wird schon einem Prinzipale gesagt haben können, daß er leider keine technische Vollkommenheit nicht in der Lehrdruckerei erlernt hat, sondern sie sich zum großen Teil in einem typographischen Klub angeeignet hat. Dieses stille und gute Wirken der technischen Klubs ist bekannt. Unser Klub aber tut mit der Veranstaltung der Ausstellung zum ersten Male den Schritt in die Öffentlichkeit. Durch das Zusammenstellen künstlerischer Druckfachen soll dem in unserm Gewerbe leider auch vorhandenen Schundruckfachenfabrikanten das Wasser von ihren Mühlen genommen werden, indem durch die künstlerische Bildung des Geschmackes des kaufenden Publikums den schlechten Erzeugnissen die Abnehmer entzogen werden. Es ist also hier eine lohnende Aufgabe für uns. Ein Büchlein, klar und erschöpfend, dient als Führer durch die Ausstellung. Der Inhalt behandelt vollständig und allgemein die Gesch-

druck-, Flachdruck- und Tiefdruckverfahren. Dieselbe Ausstellung hat bereits in Leipzig (Buchgewerbehaus), Breslau (Kunstgewerbehaus) und Stuttgart (Landesgewerbehaus) stattgefunden.

L. Dresden. Am 26. Juli hielt der Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker seine Monatsversammlung ab, in der die Anwesenheit von mehr als der Hälfte aller Mitglieder zu konstatieren war. Neben der Erledigung einiger Fragen, die das in nächster Zeit stattfindende zehnte Stiftungsfest betrafen sowie der übrigen Tagesordnungspunkte beschäftigte sich die Versammlung auch mit dem Geschäftsberichte der Zentralkommission der Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands. Der Debatte, die dieser Punkt hervorrief, gingen einige erläuternde Worte des Vorsitzenden voraus, in denen er seiner Freude darüber Ausdruck gab, einmal eine positive Arbeit der Zentralkommission vor sich zu haben, welche Meinung die Zustimmung der Versammlung fand. Nach einer ausgiebigen Besprechung des Inhalts dieses Berichts konnte sich die Versammlung nicht versagen, den Wert dieser Arbeit der Zentralkommission anzuerkennen mit dem Wunsche, des öfters eine Statistik zu veranlassen, um die Fortschritte im Weiterausbau unserer Sparte verfolgen zu können. Da auch für die Dresdner Stereotypen- und Galvanoplastiker genügend Arbeit vorhanden ist, so wurde von der Versammlung durch Beschluß es als nächste Aufgabe erachtet, eine Agitation in der Provinz zu entfalten. Gleichzeitig mit diesem seien die Spartenkollegen auf einen unliebsamen Fehler in der Statistik — Seite 18 des Berichts —, der auf eine falsche Auffassung des den Statistikbogen ausfüllenden Kollegen zurückzuführen ist, aufmerksam gemacht. Dort muß es unter Dresden in letzter Rubrik „Rein“ heißen, da der dort angeführte Hilfsarbeiter nur mit den für dieselben zulässigen Arbeiten beschäftigt wird. Der in Frage kommende Betrieb ist in allen Teilen tarifmäßig; wir bitten die Kollegen hiervon Kenntnis zu nehmen.

Leipzig. Berichtend wird uns mitgeteilt: In Nr. 91 Ihrer Zeitschrift heißt es, daß zurzeit, d. h. bis Ende August im Deutschen Buchgewerbehaus das Ergebnis des Leipziger Besuchskartenwettbewerbs ausgestellt sei. Das ist nicht der Fall. Die Besuchskartenausstellung findet erst im September statt. Zurzeit sind neuere deutsche Bucherzeichen ausgestellt.

P. Mannheim-Ludwigshafen. (Maschinenzeitschrift) Unser am 19. Juli zur Feier des Stiftungsfestes stattgehabter Familienausflug nach Heidelberg-Schriesheim nebst Besichtigung der Doppelmagazin-Binotype bei der Firma Pfeffer nahm, wenn auch Jupiter Pluvius nicht immer das beste Gesicht machte, den schönsten Verlauf. Es sei auch an dieser Stelle Herrn Pfeffer für sein Entgegenkommen bei der Besichtigung der modernen Einrichtungen seiner Buchdruckerei sowie den Heidelberger Kollegen der herzlichste Dank ausgesprochen.

Neurode. Zu unserer Freude können wir berichten, daß sich auch hier die Kollegen zur Pflege der technischen Fortbildung in einem „Typographischen Zirkel“ vereinigt haben, der zurzeit 38 Mitglieder zählt. Möge dem begonnenen Werk ein gutes Gelingen beschieden sein, zum Wohle des Einzelnen wie des Ganzen. Briefe sind zu richten an E. Warrig, Neurode-Baldob, sonstige Sendungen an Rich. Teuber, Neurode, Hospitalkstraße.

Mühlort. In Nr. 90 ist in dem Johannistagsbericht leider vergessen worden, anzuführen, daß auch die Firma Aug. Thiel an der Gratisklieferung der Johannistagsdruckachen beteiligt war.

Ulm-Neuulm. Wohl selten hat ein Artikel über Ferienbewilligungen gleich zwei Erklärungen gezeitigt, wie aus dem hiesigen Druckorte. Was nun die Erklärung des Herrn Direktors Palm anbelangt, so hat derselbe damit den Nagel neben den Kopf getroffen, denn wo wird in meinem Artikel in Nr. 86 des „Korr.“ behauptet, daß der fragliche Faktor seit der Umstellung des Herrn P. das Personal schikanieren habe? Tatsache ist aber, daß Herr Palm sofort nach Bewilligung der Ferien seitens des Aufsichtsrats der „U. Z.“ mich in meiner Wohnung aufsuchte und den Wunsch ausdrückte, ich möchte einige Zeilen im „Korr.“ veröffentlichen, daß die Verhältnisse in der „U. Z.“ jetzt bessere seien und dies um so mehr, als es ihm infolge der über die „U. Z.“ geschriebenen früheren Artikel äußerst schwer falle, Personal zu erhalten. Dies war die Veranlassung zur Einleitung des Ferienartikels, während es mir unter anderen Umständen gar nicht eingefallen wäre, den kostbaren Raum des „Korr.“ mit dem Namen „Meiser“ zu belasten. Jedenfalls hätte Herr Direktor Palm den dem Personal erteilten Rat, ihn in Nr. 91 veröffentlichte Erklärung nicht einzufenden, selbst beherzigen können. Was nun die Erklärung des Personals anbelangt, so gilt auch hier das eingangs Gesagte, denn mit der Erklärung: „Seit geraumer Zeit gebe das Verhalten des Faktors keinen Anlaß zu Beschwerden“, geht das Personal zu, daß die Verhältnisse früher schlimme waren, vergißt aber in seinem „Ferienbewilligungsstempel“ vollständig, wer dazu beigetragen hat, daß sie solche erhalten haben und daß die Verhältnisse überhaupt bessere wurden. Erstent bin ich über die Einigkeit, mit welcher das Personal durch seine Unterschrift gegen meinen Artikel Front macht, und wenn diese Einigkeit auch nur auf dem Papiere steht, so ist es doch seit langer Zeit wieder das erste Mal, daß sich die Kollegen der „U. Z.“ zu einer „Zat“ entschließen konnten. Hätten die Kollegen (so weit sie jetzt noch in Betracht kommen) während der Zeit, in welcher der Faktor mit den Gehilfen willkürlich schalten und walten konnte wie er wollte, denselben den gleichen „Mut“ gezeigt, wie jetzt mir gegenüber, wie wäre es möglich gewesen, daß ältere verheiratete Kollegen, welche jahrelang in der

„U. Z.“ tätig waren (darunter der Druckereivertrauensmann selbst), es vorgezogen haben, den gastlichen Tempel der Wirksamkeit des Herrn Meiser zu verlassen, und das ohne daß das Personal auch nur eine Hand gerührt hatte, im Gegenteil, daselbe hat es vorgezogen, unsre Versammlungen, wo das Gebaren dieses jetzt ansehend so „gemäßigten“ Faktors an den Pranger gestellt wurde, regelmäßig zu schwänzen. Allerding, damals galt es, gegen den Faktor den Mann zu stellen, jetzt nur gegen den Ortsvorsitzenden. Wenn ich eingangs erwähnte, daß das Personal vollständig vergesse, wer dazu mit beigetragen hat, daß der allem Hohn sprechenden Behandlung des Personals seitens des Faktors ein Ende bereitet wurde und daß daselbe in den Genuß von Ferien kam, so war es doch der Unterzeichnete, welcher in Gemeinschaft mit dem Gauvorstande kein Mittel unversucht ließ, die Verhältnisse in der „U. Z.“ zu bessern mit dem Erfolge, daß der damalige Direktor nach geraumer Zeit sofort entlassen und damit auch die Macht des Faktors gebrochen wurde. Denn wenn von dem nachfolgenden Direktor unser durch den Faktor hinausgeleitete Druckereivertrauensmann ersucht wurde, wieder in das Geschäft zu kommen mit dem Bemerken, daß der Faktor ihm absolut nichts zu sagen habe, so ist für mich dieser Mann moralisch tot. Nach Vorstehendem habe ich für die Erklärung nur ein mitleidiges Lächeln, denn wenn man weiß, daß der Faktor selbst zugegeben hat, daß er nach der geschilberten Art vorgegangen ist, wenn man ferner weiß, daß die ganze Sache nur „gemacht“ wurde (auf Anregung des Faktors), um diesem eine Einwegung zu bieten, aus eventueller Furcht, derselbe könnte bei Verweigerung wieder in seine „alte Manier“ zurückfallen, so gönne ich dem Faktor die Genußung von Herzen, überlasse es aber dem gefundenen Urteile der Kollegenschaft, ob es den Kollegen der „U. Z.“ gelingen wird, den schwarzen Mohren „Meiser“ durch ihre Erklärung weiß zu waschen. Dem ganzen Entrüstungsummel wurde dadurch die Krone aufgesetzt, daß sich das einzige Nichtmitglied der „U. Z.“ bemüht hätte, einen scharfen Protest gegen meinen Artikel zu schreiben; allerdings hatte das Personal so viel Mühsal, denselben abzulesen, aber auf der Erklärung der 14 Mitglieder wurde natürlich der Name des Nichtmitglieds nicht fehlen. Muß es doch ein erhebendes Gefühl für „überzeugte“ Verbandsmitglieder sein, in brüderlicher Eintracht mit der Marke „U. Z.“ gegen ihren Ortsvorsitzenden Front zu machen und dazu noch in einer Angelegenheit, in deren Genuß sie schließlich nur durch dessen Anregung gekommen sind. Zum Schluß möchte ich nur noch einem Teile des Personals der „U. Z.“ ans Herz legen, die bewiesene Sinnlichkeit auch im geschäftlichen Verkehr zu zeigen und sich nicht gegenseitig zur Freude der Geschäftsführung zu bekämpfen.

U. Z. Nr. 91. Die Redaktion der „U. Z.“ hat die Redaktion der „U. Z.“

Rundschau.

Ferien! Die Firma Th. Köhner in Merseburg bewilligte ihren Gehilfen drei Tage Urlaub, außer den am 1. April d. J. ausgerufenen Kollegen.

Die „Deutsche Buchdruckzeitung“ entwickelt sich, wie ihre neueste Nummer 32 an verschiedenen Stellen erweist, immer mehr zum freiwilligen Organ des Arbeitgeberverbandes im Buchdruckgewerbe. Nur so weiter, der Lohn kann nicht ausbleiben, denn wer wird schließlich so viel Liebesmühen unbelohnt lassen. Es steht schlecht mit der „D. B. Z.“, denn wo Abonnenten hernehmen und nicht fehlen. Und das ist das ganze Geheimnis der Schwelung jenes Organs. Tarifgemeinschaft ist eine schöne Sache, aber sie muß sich geschäftlich als lukrativ erweisen, sonst zum Teufel mit ihr. Deshalb heißt es jetzt: Hoch die gelbe Fahne! Wenn das aber auch nichts nützt, was dann?

Sachverstellungsfabriken. Wie uns mitgeteilt wird, ist die in Deutschland unruhlichst bekannte Sachfabrik von Meiser in Düsseldorf selig entschlafen. Vor kurzem wurde auch in der Schweiz einer solchen Fabrik von der Gehilfenorganisation das Lebenslicht ausgeblasen.

Bei dem fürchterlichen Brandunglück in Donaueschingen, das 125 Wohnhäuser und 168 andre Bautlichkeiten in Asche legte, ist auch die Buchdruckerei unserer Verbandskollegen Gebr. Simon von den Flammen vollständig zerstört worden; fünf Kollegen wurden konditionlos. Einem verheirateten Kollegen gelang es eben noch, seine Familienangehörigen zu bergen, sein Hab und Gut wurde gleich dem von zwei weiteren unverheirateten Kollegen ein Raub der gierigen Flammen. Auch das Wohnhaus des Buchdruckereibesizers Reinhold Simon wurde eingeebnet. Der Vorstand des Bezirksvereins Freiburg im Breisgau beschloß, als erste Hilfe an die vom Unglück Betroffenen 50 Mk. zu senden und eine freiwillige Subskription zu eröffnen.

Keine Amtsblattpresse mehr will das badische Ministerium. Nach einem Vorhabe des Ministers v. Bodmann wird künftig ein Wochenblatt mit amtlichen Bekanntmachungen erscheinen, das bei einem Tageshau des Bezirks hergestell und frei von jedem sonstigen Inhalt ihm gratis beigelegt wird. Jedes andre Blatt kann die Beilegung bewerkstelligen gegen Entschädigung des Verbrauches für Papier und Druck.

In Kiel ist am 1. August eine Arbeiterzentralbibliothek eröffnet worden. Von den etwa 4000 Bänden, die jetzt der gewerkschaftlich organisierten Arbeitergesellschaft zur Auswahl stehen, hat unsere dortige Mitgliedschaft

mehr als 1000 zum Teil recht wertvolle Bücher geliefert. Einige größere Gewerkschaften haben bis jetzt sich nicht entschließen können, dieser Einrichtung beizutreten.

Der Zentralverband der Zimmerer konnte dieser Tage auf ein fünfundsiebenzigjähriges Bestehen zurückblicken.

In Hannover wird der Bau eines Gewerkschaftshauses geplant und werden in nächster Zeit die dem Statell angehörenden freien Gewerkschaften hierzu wohl Stellung nehmen müssen. Es wird beabsichtigt, eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit einem Stammkapitale von 50000 Mk. zu bilden, zu welchem die sozialdemokratische Partei 20000, die Gewerkschaften 30000 Mk. aufzusteuern haben. Weiter ist beabsichtigt, Anteile à 500 Mark herauszugeben und entfallen auf unsre Kollegen, den Lokalverein Hannover, vier Anteile (2000 Mk.). Dann hat die Kommission noch freiwillige Beiträge pro Mitglied jeder Gewerkschaft vorgezogen, und zwar für männliche 4 Mk. und weibliche 2 Mk., welche Beiträge innerhalb neun Monaten zu leisten sind. Die Gesamtkosten selbst sind auf etwa 800000 Mk. veranschlagt worden.

In Hamburg plant man die Vergrößerung des dortigen Gewerkschaftshauses. Die Kosten sollen 100000 Mk. betragen.

Ein christlicher Arbeitervertreter, wie er nicht sein sollte, ist Herr Richard Schwarz, der jetzt bei dem christlichen Kernarbeiterverband angestellt ist, nachdem man ihn in der christlichen Hilfsarbeiterorganisation für das graphische Gewerbe abgelehrt hat. In Krefeld gelang es nun, diesen auch unsern Verband mit bekannter Struppellosigkeit bekämpfenden christlichen Muster-gewerkschaftsführer von seiner wahren Seite kennen zu lernen. Bei den Tarifverhandlungen der rheinisch-westfälischen Stukkateure suchten die Unternehmer sich die wirtschaftliche Krise zunutze zu machen. Es bereitete den Arbeitervertretern große Schwierigkeiten, Verschlechterungen aus dem neuen Tarife fernzuhalten. An den Verhandlungen beteiligte sich von christlicher Seite der Gewerkschaftsbeamte Schwarz. Die Entrüstung der Stukkateure kann man begreifen, als sie erfuhren, daß dieser Arbeitervertreter noch auswärtige Arbeitskräfte nach Krefeld in dieser kritischen Situation unterzubringen versuchte. Als der Hilfsarbeitende der freigeorganierten Stukkateure die Beweise dafür hatte, daß Schwarz tatsächlich den Unternehmern billige Arbeitskräfte angeboten, wurde die Angelegenheit der Öffentlichkeit unterbreitet. Da besaß Schwarz noch die Dreistigkeit, einen Widerruf zu verlangen, und als dieser nicht erfolgte, lief er zum Kadi. Vor dem Schöffengericht in Krefeld beschwor nun ein Unternehmer, daß Schwarz ihm während der Tarifverhandlungen auswärtige Arbeiter zu einem billigeren Stundenlohn, als nach dem alten Vertrage gezahlt wurde, angeboten habe.

Die Verurteilung des erwerbsunfähigen gewordenen städtischen Arbeiter in Schwelm beschloß der dortige Magistrat. Neben einem Ruhelohne, der schon unter einer zehnjährigen Dienstzeit gezahlt wird, wird auch für die Witwen und Waisen städtischer Arbeiter geforgt. Als Maximum des Ruhelohns sind jährlich 480 Mk. angenommen. — Bei der am 29. Juli stattgefundenen Ergänzungswahl zum Gewerbegericht in Schwelm haben die freien Gewerkschaften über die christlichen einen glänzenden Sieg errungen.

Eine rührende Fürsorge gegenüber der organisierten Arbeiterchaft erfüllt die hannoversche Polizei. Gelegentlich des Gewerkschaftsfestes war die Genehmigung zu einem Festzuge nachgesucht, der auch dieses Mal, wie regelmäßig verboten war. Interessant ist die Begründung, die neben den üblichen Gemeinplätzen auch folgenden Passus enthielt: „... Ein geschlossenes Auftritte einer so großen Menge von Mitgliedern sozialdemokratischer Organisationen wirkt aber — was offenbar auch beabsichtigt ist — demonstrativ für die Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie und der auf gleichem Boden stehenden freien Gewerkschaften und ist daher geeignet, bei dem der Sozialdemokratie abgeneigten Teile der Bevölkerung Hannovers Gegenumbildungen zu veranlassen.“ Mit anderen Worten also: Die Polizei hat nicht die Macht, friedliche Arbeiter vor Rowdys und andern lichtscheuen Gesindel zu schützen und griff daher in ihrer Hilflosigkeit zu dem Verbot.

In Berlin ist dieser Tage die Gründung eines Verbandes der Post- und Telegraphenunterbeamten Deutschlands vollzogen worden. An der diesem Zweck einberufenen Konferenz nahmen 72 Delegierte als Vertreter von 61282 Mitgliedern teil. Ein ähnlicher Verband wurde vor Jahren vom Staatssekretär des Reichspostamts verboten und dieses Verbot ist bisher nicht aufgehoben worden. Die Unterbeamten konnten sich nur in den einzelnen Oberpostdirektionsbezirken organisieren und diesen Bezirksvereinen wurde kürzlich zum ersten Male gestattet, in Berlin eine gemeinsame Konferenz abzuhalten. Es wurde dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß jetzt unter dem neuen Vereinsgesetze der Staatssekretär des Reichspostamts seinen Widerstand gegen die Unterbeamtenorganisation aufgeben werde. Man will ihm die Gründung mitteilen und daran die Frage knüpfen, ob das alte Verbot noch aufrecht erhalten wird. Für den Fall, daß der Verband nicht genehmigt wird, würde eine einheitliche Reichsorganisation der Postunterbeamten jetzt doch vorhanden sein. Es wurden nämlich in der Konferenz für sämtliche Bezirksvereine einheitliche Satzungen und Beiträge beschlossen. Der Vorstand des Berliner Bezirksvereins wurde als Zentralvertretung sämtlicher Bezirksvereine gewählt und an ihn

find auch die Beiträge der Bezirksvereine abzuführen. So würde also bei Nichtgenehmigung des Verbandes der Reichsorganisation nur der Name fehlen. In den Satzungen des neuen Verbandes wird als sein Zweck angegeben, die allgemeinen sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Interessen des Post- und Telegraphenunterbeamtenstandes zu vertreten. Telegraphenarbeiter sollen ebenfalls als Mitglieder aufgenommen werden. Die Konkurrenz beschloß, die von Remmers herausgegebene „Deutsche Post“ als Verbandsorgan in eigener Regie herauszugeben. Der neue Verband ist die stärkste Beamtenorganisation Deutschlands.

In Leipzig hat sich eine Organisation sächsischer Hebammen gebildet. Sie hoffen dadurch ihre wirtschaftliche Lage verbessern zu können.

Ob Betriebsunterstützungskassen zur Herauszahlung von geleisteten Beiträgen verpflichtet sind, darüber hatte das Gewerbegericht in Augsburg zu entscheiden. Zwei Former waren aus einer Maschinenfabrik dortselbst entlassen worden, weil sie sich weigerten, eine Arbeit zu machen, an der der Affordpreis um 10 Mk. gekürzt worden war, trotzdem an dem Stück Änderungen angeordnet waren, die eine Mehrarbeit von 10–15 Mk. bedingten. Als die Arbeiter bei der Direktion vorstellig werden wollten, wurden sie kurzerhand entlassen, obwohl sie lange Jahre im Betriebe beschäftigt gewesen sind. Beide waren Gründungsmitglieder einer in der Fabrik bestehenden Unterstützungskasse, die an frante und invalide Arbeiter Zuwendungen gibt. Bei ihrer Entlassung verlangten die beiden Gemäßregelungen die Herauszahlung der Hälfte der ihnen im Laufe der Jahre abgezogenen Beiträge, was die Firma verweigerte, da die Kläger nicht entlassen worden seien, sondern die Arbeit freiwillig verlassen hätten, da die Weigerung, die betreffende Arbeit zu dem reduzierten Preise zu machen, gleichbedeutend mit einem Verzicht auf weitere Beschäftigung sei. Das Gewerbegericht Augsburg gab der Klage statt und verurteilte die Firma zur Herauszahlung der Beiträge. Das Dortmunder Gewerbegericht nimmt in Übereinstimmung mit dem dortigen Landgericht aber den entgegengesetzten Standpunkt ein. Was also in dieser Frage rechtens ist, scheinen die Gerichte nicht zu wissen.

Die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten, wie sie die Reichsregierung gemäß ihrer vor einiger Zeit erschienenen Denkschrift über diese Frage zu gestalten beabsichtigt, erfährt auch im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission eine Kritik, wie wir sie in unserer vorläufigen Besprechung der Denkschrift in Nr. 83 bereits im Sinne hatten. Auch wir stellen uns auf den vom Samsburger Gewerkschafts-Kongress eingenommenen Standpunkt, daß die Arbeitererschaft den Privatangestellten die ihnen zugehörige Verbesserung der staatlichen Versicherung keineswegs, nicht gönnen darf, es muß aber eine Ausdehnung dieser Verbesserung auf alle Lohnarbeitenden Bevölkerungskreise verlangt werden. Da sich also diese Auffassung mit der unsrigen deckt, geben wir im nachstehenden den Standpunkt des „Korrespondenzblatt“ wieder. Die Denkschrift spricht unverblümt aus, daß die Reichsverwaltung einer Verbesserung der staatlichen Versicherung der Arbeiter durchaus abgeneigt ist. Das Reichsamt des Innern schlägt in der Denkschrift vor, wenn eine Ausgestaltung des Versicherungswesens für die Privatangestellten erfolgen solle, so müge dies auf dem Wege einer Sonderversicherung geschehen, damit die Arbeiterschaft davon ausgeschlossen bleibe! Die Arbeiterschaft wird die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen dürfen, jetzt nachdrücklich dafür einzutreten, daß auch sie der Vorteile eines Ausbaues der staatlichen Versicherung teilhaftig wird. Würde die Arbeiterschaft jetzt nicht eine energische Agitation in dieser Hinsicht entfalten, so würde sie nach Errichtung einer Sonderversicherung für Privatangestellte auf lange hinaus nicht vermögen, das Versäumte einzuholen. Die Denkschrift sagt über die Form der Versicherung: Wenn man den Weg der Erweiterung des Invalidenversicherungsgesetzes wählen wolle, so „würde die Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten bis zur Einführung der allgemeinen Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter sich vertagen“. Das heißt in ehrliches Deutsch übertragen: Die Einführung der Hinterbliebenenversicherung für Privatangestellte im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes würde auch den Arbeitern zugute kommen. Da man dies aber nicht will, neigt man zu einer Sonderversicherung für Privatangestellte. Nach § 86 des Invalidenversicherungsgesetzes wird der Grundbetrag der Invalidenrente nach fünf-hundert Beiträgen der höchsten Lohnklassen berechnet. „Der Versicherte hat es hiernach“, so sagt die Denkschrift, „in der Hand, seinen Anspruch nicht nur hinsichtlich der Steigerungssätze, sondern auch hinsichtlich des Grundbetrags dadurch zu verbessern, daß er beim Einrücken in höhere, der Invalidität näherstehende Altersjahre Beiträge in den höchsten Lohnklassen zahlt. Jeder solche erst in höheren Lebensjahren sich vollziehende Übergang eines Versicherten in höhere Lohnklassen verschlechtert die Finanzlage des Versicherungsträgers.“ Darum „muß es als bedenklich erscheinen, dem Invalidenversicherungsgesetz überhaupt neue Lohnklassen anzufügen. Keinesfalls aber würde es nach den vorstehenden Ausführungen angehen, die Pensionsversicherung der Privatangestellten, welche in der Jugend meist in den untersten Lohnklassen Beiträge entrichten und mit steigendem Alter regelmäßig in die höheren Lohnklassen einrücken, in der gedachten Weise durch das Invalidenversicherungsgesetz zu regeln, so lange die geltenden Bestimmungen über die Rentenberechnung aufrecht erhalten werden.“ Man liest orient-

lich zwischen den Zeilen, mit welcher Befriedigung diese vom versicherungstechnischen Standpunkte nicht bedeutend freie Rentenberechnung den Verfall der Denkschrift erfüllt haben mag, weil es das einzige Moment ist, das mit dem Schein eines nahen Grundes gegen die Verwirklichung der Angestelltenversicherung im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes geltend gemacht werden könnte. Schließlich hat aber das Reichsamt des Innern, wenn ihr wahre oder vermeintliche Mängel in der Versicherungsgesetzgebung bekannt sind, nicht die Aufgabe, sie zu konservieren, um einen „Grund“ gegen weitergehende Wünsche der Versicherten zu haben. Gerade der Aufschwung neuer Lohnklassen in Verbindung mit einer Steigerung der Versicherungsleistungen auch in den unteren Klassen könnten für die Versicherten ein Äquivalent für eine Änderung der Rentenberechnung sein. Das Reichsamt des Innern schlägt für die Sonderversicherung der Privatangestellten eine vom jetzigen Invalidenversicherungsgesetz verschiedene Rentenberechnung, nämlich genau nach den geleisteten monatlichen Beiträgen vor. Die Wünsche der Privatangestellten nach Einführung der Berufsunfähigkeit und den Beginn der Altersrente vom vollendeten 65. Lebensjahre werden in der Denkschrift „nicht als unbillig“ bezeichnet und daher von ihr berücksichtigt. Im Anschlusse hieran heißt es: „Sollen sie aber bei einer Privatangestelltenversicherung, die sich unmittelbar an die Invalidenversicherung anschließt, erfüllt werden, so müßte man die gleichen Bestimmungen auch für den Gesamtumfang der Invalidenversicherung treffen.“ Dagegen hat man aber im Reichsamt des Innern Bedenken, d. h. man will die Arbeiter auch von dieser Verbesserung der staatlichen Versicherung ausschließen, „wegen der Höhe der Kosten.“ Die Denkschrift berechnet, daß die Einführung des Begriffs „Berufsunfähigkeit“ in die heutige Invalidenversicherung für das Reich eine Mehrbelastung von zurzeit jährlich etwa 66 Millionen Mark und das Doppelte für die Versicherungsträger bedeuten würde. Die Herabsetzung der Altersgrenze wird eine Mehrausgabe von über 40 Millionen Mark verursachen, wovon über 12 Millionen auf das Reich entfallen würden. Das sind die Argumente, die die Denkschrift gegen den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes anführt. Das vollständige Ausschneiden der Privatangestellten aus der Invalidenversicherung vermindert die Denkschrift mit Rücksicht auf die versicherungstechnischen Schwierigkeiten. Sie ist vielmehr für eine Sonderversicherung; die Privatangestellten sollen aber daneben wie bisher dem Invalidenversicherungsgesetz unterstehen. Die Denkschrift begründet dies damit, daß die Angestellten auch einen Reichszuschuß erhalten müssen, für die Sonderversicherung aber keiner vorgesehen ist. Es würde sich also die Tatsache ergeben, daß der qualifizierte Arbeiter mit einem Einkommen von 1800–2000 Mk. in der staatlichen Versicherung wesentlich schlechter gestellt ist als der Privatangestellte mit 1200 Mk. Jahresverdienst! Die Arbeiterschaft hat also ein hohes Interesse an der Frage, und mit Recht betont der Artikel, daß die Gewerkschaften alle Kräfte werden aufbieten müssen, um den Plan des Reichsamts des Innern, die Arbeiterschaft von der Verbesserung der staatlichen Versicherung auszuschließen, zu vereiteln. Die Gewerkschaftsblätter müßten dieser Frage eine erhöhte Aufmerksamkeit widmen, und die Gewerkschaftsversammlungen sich eingehend mit der Sache befassen. Ebenso müße es Aufgabe der Gewerkschaftskartelle sein, die Arbeiterschaft zur Demonstration für den allgemeinen Ausbau der staatlichen Versicherung aufzurufen.

Nach zehnwöchigem Kampfe ist auf dem Vermittlungswege der Streik der Plattenleger in Rheinland-Westfalen beendet. Im allgemeinen sollen die Affordpreise heraufgesetzt werden. In einzelnen Orten, besonders dort, wo die Affordsätze am niedrigsten waren, tritt eine ziemlich bedeutende Erhöhung ein. Dagegen haben die höchsten Affordsätze eine Ermäßigung erfahren. Der Tarifvertrag erstreckt sich über ganz Rheinland-Westfalen. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden.

Eingänge.

Moderne Kunst, illustrierte Zeitschrift. Verlag von Rich. Bong, Berlin. Heft 24. XXII. Jahrgang. Preis des Heftes 60 Pf.

Für Alle Welt, illustrierte Zeitschrift mit der Abtheilung „Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik“. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. Heft 26. Preis 40 Pf.

Briefkasten.

B. in Mannheim: Abgelehnt, weil unberechtigter Weise nur immer neues Öl ins Feuer gegossen wird. — G. B. in Königsherg: Die uns von Ihnen überlieferten Druckerzettel der Firma G. Regelberger sind in Satz und Druck sehr minderwertige Arbeiten. Warum haben Sie wegen Ihres Bruders sich früher nicht danach erkundigt? — P. St. in Radolfzell: Abgelehnt, und zwar aus taktischen Gründen. — E. R. in Gera: Betrag erhalten. — J. S. in Niddorf: Eventuell zu seinem fünfzigsten Todestage, eher nicht. — O. R. in Leipzig: Abgelehnt. — L. D. in Schwerin: War nicht zu erfassen, daher der Firtum. — Z. 111: 1,80 Mk.

Den Bestellern der „Hilfsmittel“ „Gewerkschaftliche Neutralität“ zur Kenntnis, daß dieselbe nicht geliefert werden kann, da sie vollständig vergriffen ist und nicht neu aufgelegt wird.

Trotz aller Hinweise und Bitten, nicht an eine Expedition, die Geschäftsstelle oder einfach an den „Korrespondent“ geschäftliche Zuschriften zu richten, ist es namentlich ein Teil der Absender von Postanweisungen, der fälschlich vorgenannte Adressen wählt. Indem wir auf die am Schluß jeder Nummer angegebenen Adressen für die verschiedenartigen Einblendungen an den „Korr.“ aufmerksam machen, ersuchen wir zur Vermeidung von Scherereien mit der Post nochmals dringend, Postanweisungen, Inzerate, Offerten, Verbandsnachrichten usw. nur an Georg Böblisch, Leipzig, Salomonstraße 8, zu adressieren.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß das „Protokoll der Verhandlungen des sechsten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands“ sowie eine von der Generalkommission herausgegebene und von L. Brunner bearbeitete sehr instruktive Schrift: „Die deutschen Gewerkschaften; neue graphische Darstellungen und statistische Tabellen“, ergiebig ist. Das Protokoll wird für Gewerkschaftsmittglieder zu dem ermäßigten Preise von 25 Pf. (gebunden 30 Pf.) abgegeben; die Brunnersche Schrift kostet pro Exemplar 50 Pf.

Der Einfachheit halber und um Versandkosten zu sparen, soll der Wert der Schriften auch diesmal durch die Gewerkschaftskartelle erfolgen, und zwar in der Weise, daß die an einem Orte von den verschiedenen Gewerkschaften benötigten Exemplare nur von dem Gewerkschaftskartelle bei der Generalkommission zu bestellen sind. Die Herren Funktionäre wollen also Bestellungen auf obige Schriften nicht nach hier richten, sondern an den Vorstand ihres örtlichen Gewerkschaftskartells. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Bezirk Marburg a. d. L. Bei der am August stattgefundenen Gautagsdelegiertenwahl erhielten folgende Kollegen Stimmen: Weber 61, Riesling (Herborn) 53, Hofmann 48, Härtling 43, Kießelbach 29, Stumpf 26; 18 Stimmen verteilten sich auf 15 Kollegen. Die vier erstgenannten Kollegen sind gewählt.

Neuruppin. Der Seher August Bahse (Hauptbuchnummer 14780) aus Rastenburg, welcher, ohne sich abzumelden, von Wittenberge am 14. Juli abreiste, wird hiermit aufgefordert, sich unverzüglich beim Bezirksfahrräder-Beisitzer zu melden, andernfalls Ausschluss erfolgt.

Wittenberge. Die Mitglieder der Bezirksfahrräder sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten).

In Driburg der Schweizerdegen Nikolaus Peter Die, geb. in Daun 1890, ausgl. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Otto Mirow in Bielefeld, Bielefeldstraße 17, I.

In Ingolstadt der Seher Franz Anton Schalk, geb. in Herrieden 1867, ausgl. in Eckstädt 1900; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seig in München, Holzstraße 24, I.

In Schönhöhe der Seher Albin Schlesinger, geb. in Neuheide 1889, ausgl. in Schönhöhe 1908; war noch nicht Mitglied. — In Zwida der Schweizerdegen Willi Paul Steinert, geb. in Oberhofna 1884, ausgl. in Limbach 1902; war schon Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41, II.

Adressenveränderungen.

Zehoe i. S. Vorsitzender: G. Kühn, Gr. Paaschburg 53.

Arbeitslosenunterstützung.

Sauptverwaltung. Die Herren Verwalter wollen dem Seher Simon Steinkohl aus München (Hauptbuchnummer 56647) 27 Unterstützungstage und dem Seher Fritz Schmidt aus Rothenburg o. T. (Hauptbuchnummer 56676) 6 Unterstützungstage, welche in Mainz bzw. Schwab.-Hall zu nicht vorgetragen wurden, auf der Reiselegitimation zu schreiben. Über die Erledigung dieser Notiz ist im Quittungsbuch der betreffenden Kollegen eine Bemerkung zu machen.

Den nachbenannten Reisenden: 1. dem bezugsberechtigten Seher Max Böhm aus Tilsit (Hauptbuchnummer 24804) ist Quittungsbuch und Reiselegitimation abzunehmen; Böhm gilt, falls er sein Verbalten in Rothenburg o. T. nicht genügend aufklären kann, für ausgeschlossen; 2. ist dem nichtbezugsberechtigten Seher Wilhelm Birsch aus Schinkel die angehängt in Wöhmen ausgestellte Bescheinigung, daß er Mitglied sei, ein Quittungsbuch jedoch nicht bekommen konnte, weil er noch keine sechs Wochenbeiträge entrichtet habe, abzunehmen, da hier wohl ein Schwindel vorliegt; 3. wollen die Herren Verwalter dem nichtbezugsberechtigten Seher Bela Konay aus Szental das ungarische Quittungsbuch abnehmen und nach hier zur Kontrolle einsenden.

Sauptverwaltung. Bericht vom Monate Juni 1908.

a) Auf der Reise: Übernommen vom vorhergehenden Monate 342 Mitglieder, aus Kondition kamen 472 (hiervon waren 102 noch zum Bezuge von Ortsunterstützung

